

"Europas erste, letzte Chance" in Die Welt (17. Dezember 2001)

Quelle: Die Welt. 17.12.2001. Hamburg. "Europas erste, letzte Chance", auteur:Mönninger, Michael , p. 8.

Urheberrecht: (c) Die Welt

URL:
http://www.cvce.eu/obj/europas_erste_letzte_chance_in_die_welt_17_dezember_2001-de-56934ae4-6f3d-4c13-91ec-of9c64cf668b.html

Publication date: 06/01/2017



Europas erste, letzte Chance

VON MICHAEL MÖNNINGER

Europa 2002: Die EU-Verwaltung versteht ihre eigenen Vertragswerke nicht mehr. Verzweifelte Beamte stürzen sich von den Stapeln ihrer Verordnungen zu Tode. Auch nach der Euro-Einführung blockieren die Regierungen ihre Gemeinschaftsentscheidungen weiter nach dem Zufallsprinzip. Mit Zitterprämien versucht Brüssel, Beitrittsländern die Furcht vor der Einweisung ins EU-Labyrinth zu nehmen.

Doch es könnte ganz anders kommen. Am 1. März 2002 tritt der Konvent zusammen, eine handverlesene Hundertschaft von Parlamentariern und Regierungspolitikern, um mit dem Wildwuchs aufzuräumen, den die EU-Regierungen seit Gründung der EWG hinter verschlossenen Türen angerichtet haben. Der Konvent soll Vorschläge machen, wie die verworrene Arbeitsteilung zwischen Brüssel und den Mitgliedsstaaten neu geordnet, die ausufernden Rechtsvorschriften in Rahmengesetze gefasst und anonyme EU-Verwaltungseinheiten in gewählte Organe umgewandelt werden können. Es steht die Europäisierung staatlicher Hoheitsbereiche wie der Außen- und Sicherheitspolitik an, während die konkrete Daseinsvorsorge in Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung möglicherweise wieder an die Staaten und Regionen zurückfällt. Am Ende könnte ein Verfassungsvertrag rechtzeitig vor den Europawahlen und der Regierungskonferenz 2004 das kumulative Flickwerk der Verträge auf die Grundlage einer konstitutionellen Gewaltenteilung und Kompetenzabgrenzung stellen, damit eine EU mit 25 Mitgliedern beschlussfähig bleibt. So umfassend ist zumindest das Mandat des Verfassungskonvents formuliert, mit dem der EU-Gipfel von Laeken die größte Umwälzung der Union seit ihrer Gründung auf den Weg gebracht hat. Nie zuvor zeigten die Regierungen so viel Bereitschaft, ihre Macht mit den Parlamenten zu teilen und die Wirtschafts- und Währungsunion endlich mit der politischen Willensbildung der Bevölkerung in Einklang zu bringen.

Wer miterlebt hat, mit welcher Inbrunst Parlamentarier und EU-Diplomaten auf Schloss Laeken einander die Passagen aus der Erklärung des Europäischen Rats vorlasen, kann fast vergessen, dass mit guten Vorsätzen meist nur der Weg zur Hölle gepflastert ist. Denn trotz der Mehrheit der nationalen und europäischen Parlamentarier im Konvent wird das Präsidium mit Valéry Giscard d'Estaing, Giuliano Amato und Jean-Luc Dehaene vom Regierungslager dominiert. Gerade Giscard ruft jene bleierne Zeit der siebziger Jahre in Erinnerung, als Europa schon einmal in Eigenbrötelei zerfiel, weil die Politische Union eine bloße Passion der Eliten blieb, die über den Köpfen der Bevölkerung am Horizont verglühte.

Die Abstraktheit der Brüsseler Zentralverwaltung wird erst überwunden, seit die Menschen den Euro in der Hand halten. Um die zarten Sympathien der Europäer für ihre Veranstaltung auch politisch fruchtbar zu machen, muss der Konvent eine Herkulesarbeit leisten. Aber er darf es sich nicht anmerken lassen. Verfassung, Föderation, Bundesstaat - solche Reizworte sollte sich der Konvent mit Rücksicht auf Briten und Skandinavier erst einmal verkneifen. Der europäische Ideenhimmel hängt von jeher voll mit großen Zielvorgaben, während der Weg dahin ein elender Prozeduralismus geblieben ist, der nur Wirtschafts- und Verwaltungsjuristen nicht abschreckte. Setzte der Konvent hingegen an der Parlaments- und Parteienlandschaft an und schlug etwa die Direktwahl des EU-Kommissionspräsidenten vor, motivierte er die Parteien, sich staatenübergreifend zu organisieren, die Hinterzimmerlogik ihrer Kandidatennominierungen zu überwinden und mit Spitzenkandidaten statt Funktionären das Europaparlament zum vollwertigen Kontrolleur des Rates zu machen.

Zwar mögen die Regierungschefs hoffen, die Optionen des Konvents noch kippen zu können. Doch die Vorstellung, dass sich 15 Staaten gegen den womöglich eindeutigen Willen ihrer Parlamente stellen, ist genauso abenteuerlich wie die Hoffnung, dass der heutige Ratsabsolutismus ohne klare Mehrheitsentscheidungen mit 25 Mitgliedern noch lebensfähig ist.

Bislang war die europäische Einigung eine List der historischen Vernunft, die sich hinter dem Rücken der Völker durchsetzte. Der Verfassungskonvent eröffnet erstmals die Chance, dass die Wirtschaftsgemeinschaft sich vor aller Augen auch politisch legitimiert. Es wird ihre letzte sein.